



Leseprobe aus Kniffki, Lutz und Steinhaußen, Die Covid-19 –
Zumutungen an die Soziale Arbeit, 978-3-7799-6634-0
© 2021 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6634-0](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6634-0)

Inhalt

Vorbemerkung: Das „Ende einer Welt“ <i>Jan Steinhaußen, Ronald Lutz; Johannes Kniffki</i>	9
Grundlegungen	15
Veränderte Aufgaben der Sozialen Arbeit in der Lebensspanne als Folge der Corona-Pandemie <i>Christiane Nakao, Sonja Preissing, Katrin Sen & Fabian van Essen</i>	16
Entgrenzung des Sozialen Sterbens in Zeiten der Pandemie – Einblick und Ausblick <i>Carolin Tillmann</i>	30
Das Gespenst der Nutzlosigkeit – Pflege in Zeiten viraler Gefährdungen <i>Jan Steinhaußen</i>	42
Die Covid-19-Pandemie jenseits des nationalen Containers. Zur aktuellen Notwendigkeit einer transnational-postkolonialen Sozialen Arbeit in der Weltrisikogesellschaft <i>Norbert Frieters-Reermann</i>	71
Herausforderungen	83
Die Corona-Pandemie als Exklusionskatalysator für Geflüchtete <i>Ulrike Brizay</i>	84
#dauerhaftsystemrelevant – die globale Krise als Moment berufspolitischer Selbstermächtigung <i>Henry Block, Melissa Manzel, Hannes Wolf</i>	99
Strategie sozialer Distanzierung. Die Bedeutung für Ausgegrenzte, junge Menschen sowie Helfende <i>Dieter Wolfer</i>	110
Pandemiebedingte Veränderung digitaler Zugänge Sozialer Arbeit <i>Sandra Meusel & Hendrik Unger</i>	131

Wenn die Kita plötzlich zu ist. Vom Wohlergehen der Kinder und Familien und von der Unterstützung durch die Kitas während der pandemiebedingten Schließungen <i>Barbara Lochner & Kai Rompczyk</i>	143
Die Covid-19 Krise und die Gefahr der Überschuldung – Erkenntnisse aus der ersten Welle <i>Helena Klinger, Hanne Roggemann & Sally Peters</i>	157
Nicht systemrelevant und ohne Schutzschirm in der Krise – Fundraising als letzte Rettung für Organisationen der Sozialen Arbeit? Eine kritische Perspektive für die Praxis und die Finanzierung der Sozialen Arbeit <i>Johannes Stephens</i>	168
Wie gefährdet die Pandemie eine beteiligungsorientierte Kinder- und Jugendhilfe? Berichte aus der ombudschäftlichen Beratungsarbeit <i>Melissa Manzel & Ulrike von Wölfel</i>	186
Perspektiven	197
Die Dichotomie der Konstrukte von (Un-)Freiheit und (Un-)Sicherheit: Frühkindliche Bildungsprozesse – Die Systeme Familie und Kita in der „Krise-Krise“ <i>Silvia Hamacher, Katja Belenkij, Petra Lahrkamp, Anita Permantier, Myria Sprenger</i>	198
Erziehungshilfen im digitalen Wandel?! Veränderung der sozialpädagogischen Praxis in den Hilfen zur Erziehung, ausgelöst durch die Corona-Pandemie <i>Alexander Parchow & Anja-Kristin Sobiech</i>	210
Soziale Inklusion unter dem Einfluss der Corona-Pandemie – Herausforderung und Vision <i>Karsten Kiewitt</i>	222
Aufbruch ins Außeralltägliche? Grenzsituationen in psychosozialen Handlungsfeldern unter Corona <i>Patrick Jung</i>	236
Wohnungslosigkeit und Wohnungsnotfallhilfe in pandemischen Zeiten <i>Wolfgang Sartorius & Titus Simon</i>	249

Schulschließung und Homeschooling als neue Realität für Soziale Arbeit an Schulen – Verschärfung sozialer Probleme und Krise der Handlungsmethoden <i>Matthias Weser & Sebastian Dolsdorf</i>	262
Soziale (Alten-)Arbeit im Pflegeheim. Alte und neue Herausforderungen im Zuge des „Lockdowns“ <i>Eva Maria Löffler & Sabrina Reuther</i>	278
Herausforderungen des Arbeitsfeldes institutionalisierter Nachbarschaftshilfen zur Unterstützung allein lebender älterer Menschen in Zeiten der Coronapandemie <i>Stefanie Henke & Anne van Rießen</i>	292
Altersgerechte Quartiersarbeit als Krisenbewältigung? Potenziale und Risiken sorgender Gemeinschaften in der Corona-Pandemie <i>Kerstin Discher</i>	307
Aufsuchende Jugendarbeit in neuen Räumen – Herausforderungen und Chancen im pädagogischen Setting <i>Petra Brandt, Gunnar Erxleben, Jannike Keil, Berna Kurnaz, Tim Ossyssek, Nikolai Pape & Anne Cathrin Winkelmann</i>	318
(Un-)Ordnung darf nicht sein! Selbstwirksamkeit als Lernpunkt für Quartiersarbeit <i>Stefan Hoffmann</i>	336
Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin in schwierigen Zeiten <i>Milena Riede</i>	347
Autor*innen	361

Grundlegungen

Veränderte Aufgaben der Sozialen Arbeit in der Lebensspanne als Folge der Corona-Pandemie

Christiane Nakao, Sonja Preissing, Katrin Sen &
Fabian van Essen

In diesem Beitrag werden die Lebenssituationen spezifischer Zielgruppen Sozialer Arbeit in den Blick genommen und verdeutlicht, wie sich diese entlang der Lebensspanne in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verändert haben. Im Besonderen fokussieren wir die Adressat*innen der Sozialen Arbeit, die im institutionellen Gefüge des Aufwachsens und der Versorgung/Pflege in der Krise mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind bzw. denen die Zugehörigkeit zu einer „vulnerablen Gruppe“ zugeschrieben wird. Exemplarisch gehen wir auf die Herausforderungen mit Blick auf Kinder und Jugendliche, die über einen längeren Zeitraum keine Bildungsinstitutionen mehr besuchen und Menschen mit Behinderungen bzw. Erwachsene mit „geistiger Behinderung“¹ sowie Ältere, die pauschal als zu schützende Risikogruppe kategorisiert und somit zunehmend isoliert werden, ein. Soziale Arbeit changiert und agiert – verschärft durch die aktuelle Krise – zwischen Schutz und Kontrolle bzw. möglicher Bevormundung. Der Leitgedanke dabei ist, darzustellen, inwiefern die Veränderungen individueller Lebenssituationen in der Krise mit veränderten Aufgabenfeldern der Sozialen Arbeit einhergehen. Daran schließt sich die Frage an: Wie muss Soziale Arbeit heute und zukünftig aufgestellt sein, um auf solche Krisen adäquat reagieren zu können und Lösungsvorschläge für ihre Zielgruppen bereitzuhalten? Dabei ist mit zu bedenken, dass mit den Begriffen und Konzepten von Zielgruppe und Adressat*innen Reduzierungen, Festschreibungen und die Gefahr der Stigmatisierung einhergehen können (Graßhoff 2013).

Am Ende dieses Beitrages wird die intersektionale Perspektive der Gemeinwesenarbeit betrachtet und analysiert, mit welchen Auswirkungen dieses Arbeitsfeld aufgrund der Krise konfrontiert ist und wie sich die Gemeinwesenarbeit weiterentwickeln sollte und in ihren Strukturen genutzt werden kann, um zukünftig auf derartige gesellschaftliche Herausforderungen reagieren zu können.² Die Gemeinwesenarbeit wurde in die Betrachtung mit einbezogen, da im Rahmen dieses Arbeitsprinzips alle Bewohner*innen eines Quartieres Beachtung finden

1 Da der Begriff von Betroffenenverbänden kritisiert und abgelehnt wird, in Wissenschaft und Praxis jedoch noch häufig verwendet wird, steht er hier in Anführungszeichen.

2 Dieser Beitrag stellt eine Weiterentwicklung der Perspektive eines Discussion Papers (Nakao et al. 2020) der Internationalen Hochschule IUBH dar.

und demzufolge die unterschiedlichen Zielgruppen Sozialer Arbeit hier aufeinander treffen. Gemeinwesenarbeit zielt auf die Integration aller Bewohner*innen und lebt von Begegnung. Durch die Corona-Pandemie ist dieses Feld massiv in seiner Arbeit eingeschränkt, obwohl die Menschen vor Ort gerade in Krisenzeiten zunehmend Unterstützung bräuchten, da individuelle Problemlagen sich verschärfen. Und gerade in der Gemeinwesenarbeit könnte ein Schlüssel liegen, die Anliegen verschiedener benachteiligter Gruppen zu bündeln und für Teilhabemöglichkeiten einzustehen.

1. Auswirkungen der Krise auf junge Menschen – Chancen und Herausforderungen

Das Aufwachsen junger Menschen ist seit der Corona-Pandemie von den massiven Einschränkungen u. a. in den Feldern Freizeit, Mobilität und Bildung geprägt. Der Alltag junger Menschen wurde mit dem „*social distancing*“, den Kontakteinschränkungen und Kontaktverboten sowie der Schließung zentraler Institutionen des Aufwachsens (wie u. a. Schulen, Jugendzentren, Kindertagesstätten) rapide verändert. Wie die Bertelsmann-Studie herausgearbeitet hat, wird Kinderarmut durch die Pandemie verstärkt (Bertelsmann-Studie 2020, S. 2 ff.).

Auch die Situation junger Erwachsener hat sich verändert und verschärft. Beispielsweise sind Jugendliche laut JuCo-Studie³ durch die Pandemie in Bezug auf ihre Bildungs- und Ausbildungssituation verunsichert und Zukunftssorgen kommen auf (Andresen et al. 2020a, S. 14). Gleichzeitig werden Jugendliche und junge Erwachsene in ihrer Mobilität und den Freizeitaktivitäten eingeschränkt und auf den privaten, familiären Bereich reduziert. Es mangelt an Orten und Räumen (wie z. B. Cafés, Bars, Clubs und Parkanlagen), um sich im öffentlichen Raum mit Gleichaltrigen vernetzen und treffen zu können.

Aktuell (Stand: Dezember 2020) spitzt sich mit steigenden Infektionszahlen die Situation weiter zu und die dritte Welle steht vor der Tür. Einrichtungen der Jugendhilfe (z. B. Jugendzentren) sind teilweise bereits geschlossen. Der „harte Lockdown“, der u. a. die Schließung von Schulen, Kindertageseinrichtungen und den Einzelhandel sowie starke Einschränkungen im öffentlichen Leben umfasst, hat kurz vor den Weihnachtsfeiertagen begonnen. Die Einschränkung der sozialen Kontakte bedeutet für Kinder beispielsweise, sich möglicherweise für eine Freundin oder Freund entscheiden zu müssen. Aber auch jungen Erwachsenen fehlt der soziale Kontakt z. B. beim Studienstart in einer neuen Stadt.

3 JuCo steht für „Jugendliche und Corona“. Die Studie wird mit einer neuen Erhebung im November 2020 von einem Forscher*innen-Team der Universitäten Hildesheim und Frankfurt zu den Auswirkungen von Corona auf junge Menschen fortgesetzt (JuCo-Studie II).

Die Unsicherheiten beunruhigen junge Menschen, da Zukunftsaussichten bislang unklar und offen sind. Zudem verschärfen sich mit der Krise die sozialen Probleme. Soziale Teilhabechancen junger Menschen in Bezug auf Bildung, Ausbildung sowie auf die Freizeitgestaltung und die Mobilität sind weiterhin in Gefahr⁴. Auch der Zugriff auf soziale und ökonomische Ressourcen ist eingeschränkt oder blockiert. Es ist wichtig, die Positionen, Anliegen und Ansichten junger Menschen im Umgang mit der Krise in politische Entscheidungen und in die Krisenbewältigung miteinzubeziehen (AGJ 2020a; BJK 2020). Daher besteht ein dringender Handlungsbedarf in Politik und Gesellschaft. Welche Aufgabe kommt der Politik zu? Mit Blick auf Soziale Arbeit muss der Frage nachgegangen werden: Welche Chancen und Herausforderungen kristallisieren sich für die Soziale Arbeit heraus?

1.1 Verunsicherungstendenzen und Zukunftssorgen

Wie allgemein Zukunftssorgen mit der Krise einhergehen, artikulieren insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene ihre Sorgen und Ängste diesbezüglich. Junge Erwachsene sind besonders mit Fragen rund um Ausbildung und Arbeitsmarkt und dem Bewältigen von Übergängen konfrontiert. Da überrascht es nicht, dass sie stark unter Druck geraten. Die JuCo-Studie arbeitete hierzu etwa die Verunsicherung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bezug auf Unsicherheiten darüber heraus, wie etwa neue Studienformate aussehen oder wie sich Sorgen um einen Praktikums- oder Ausbildungsplatz entwickeln. Ebenso Ängste, keine hauptberufliche Anstellung zu finden, benennt die Studie (Andresen et al. 2020a, S. 14). Junge Erwachsene sind zudem durch den Wegfall von Nebenjobs von ökonomischen Einbußen betroffen. Dies betrifft v. a. auch Studierende, die häufig einem Nebenjob nachgehen (Andresen et al. 2020a, S. 14.).

Die Situation verschärft sich ebenso in Bezug auf die Lebenslagen von Kindern: Insbesondere von Armut betroffene Familien verlieren an weiteren ökonomischen Ressourcen, da sie sich oftmals in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden. Sie können kein oder nur wenig Homeoffice machen, was sich negativ auf die Kinderbetreuung und -beschulung auswirkt (Bertelsmann-Studie 2020., S. 9). In der Studie wird besonders im Zusammenhang mit Kinder- und Jugendarmut auf geringere Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen aufmerksam gemacht (ebd., S. 7). Fest steht: Soziale Ungleichheiten, Exklusionsmechanismen, prekäre Übergänge in Bildung und Ausbildung nehmen mit der Krise zu.

4 Siehe auch die Studie „COVID KIDS – Understanding the influence of COVID-19 on children’s and adolescents’ school experience and subjective well-being“, <https://uni-tuebingen.de/fakultaeten/wirtschafts-und-sozialwissenschaftliche-fakultaet/faecher/fachbereich-sozialwissenschaften/erziehungswissenschaft/abteilungen/sozialpaedagogik/forschungsprojekte/aktuelle-forschungsprojekte/covid-kids/>

1.2 Jung sein in Zeiten von Corona – was ist zu tun?

Was brauchen junge Menschen in dieser Krisenzeit? Vor dem Hintergrund der verschärften Lage in den Wintermonaten und des „harten Lockdowns“ vor Weihnachten 2020, der weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens zur Folge hat, dürfen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nicht verloren gehen. In der JuCo-Studie geben die befragten Jugendlichen an, dass sie sich bezüglich der Krise nicht gut informiert, nicht gehört und mit ihren Sorgen nicht ernst genommen fühlen (Andresen et al. 2020a, S. 9). Hinzu kommt, dass junge Menschen aktuell in der Krise in ein negativ besetztes Bild rücken: Das legitime Bedürfnis nach Kontakten und Austausch wird oftmals als „unverantwortliches Partyverhalten“ kategorisiert und als Auslöser für steigende Infektionszahlen benannt. Es ist wichtig, hier eine differenzierte Sichtweise einzunehmen und die Situation junger Menschen ernst zu nehmen. Denn: Die JuCo-2 Studie arbeitet aktuell heraus, wie durch die Corona-Pandemie und die weiteren Maßnahmen im Herbst/Winter 2020 ihr Lebensalltag beeinträchtigt wurde (z. B. fehlende soziale Kontakte und Räume, mangelnde Beteiligung und Sichtbarkeit). Darüber hinaus wird deutlich, dass sich junge Menschen bezüglich der politischen Entscheidungen nicht ausreichend mitgenommen fühlen (Andresen et al. 2020b, S. 7 ff.). In den Mittelpunkt rückt das Recht auf Beteiligung junger Menschen und die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen bezüglich aller Maßnahmen, die junge Menschen in der Krise betreffen (BJK 2019). Es ist wichtig, Kinder und Jugendliche zu Wort kommen zu lassen und ihr Wissen, ihre Interessen und ihre Anliegen zu berücksichtigen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2020, S. 8). Junge Menschen möchten gehört werden und sich in Gesellschaft und Politik einbringen.

Sozialer Arbeit kommt in der Krisenzeit eine wichtige Aufgabe zu, nämlich junge Menschen zu unterstützen, die Beteiligung aller Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern und ihre Anliegen und Bedarfe in Politik und Gesellschaft zu vertreten. Um die Anliegen junger Menschen in die Krisenbewältigung miteinzubeziehen, ist es einerseits wichtig, Beteiligungsformate zu schaffen, sodass junge Menschen mitbestimmen können. Außerdem muss dafür gesorgt werden, dass ihre Repräsentant*innen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Kinder- und Jugendpolitik in Gremien und Krisenstäben vertreten sind (Holz/Richter-Kornweitz 2020, S. 11 f.). Hierin liegt auch eine Chance: Junge Menschen ernst zu nehmen und sie an Entscheidungen zu beteiligen.

Insbesondere junge Menschen, die von zunehmender Armut und sozialen Ungleichheiten bedroht sind, dürfen nicht aus dem Blick verloren werden. Hierzu bedarf es Ressourcen und ausgebauter Strukturen der Sozialen Arbeit. Die Ausstattung in den relevanten Bereichen muss finanziell, infrastrukturell und personell gestärkt werden. Außerdem muss die Ausstattung mit technischen Geräten und die Nutzung digitaler Medien weiter gefördert werden um junge Menschen besser erreichen zu können. Ebenso sind bürokratische Hürden

abzubauen damit Soziale Arbeit handlungsfähig ist. Die Fachkräfte müssen – da sie in systemrelevanten Bereichen tätig sind – umfassender mit Hygieneartikeln und Schutzkleidung ausgestattet werden. Sozialarbeiter*innen sind in ihrer alltäglichen sozialen Arbeit, in der Körperkontakt, emotionale und soziale Nähe eine enorme Rolle spielen, wenig geschützt (AGJ 2020b). Nicht zuletzt liegt die Chance darin, der Sozialen Arbeit die strukturelle Ausstattung und gesellschaftspolitische Anerkennung zu geben, die ihr für die unabdingbare Arbeit/Leistung längst zusteht. Auch hierin liegt eine große Chance!

2. Vor, während und nach Corona: Zur Separierung von „Geistigbehinderten“

Personen, die als „geistig behindert“ bezeichnet werden, werden mithilfe von institutionalisierten Separationsprozessen systematisch von anderen Bevölkerungsgruppen getrennt. Über 85% von ihnen lernen in Förderschulen (KMK 2020), über 90% dieser Förderschüler*innen wechselt nach der Schulzeit in eine Werkstatt für behinderte Menschen (BMAS 2008) und die meisten der ca. 300.000 Erwachsenen mit „geistiger Behinderung“ wohnen entweder bei ihren Eltern oder in stationären Wohnrichtungen (BMAS 2016). Diese Zahlen stehen symbolisch für eine Sonder-Welt, in der für selbstbestimmte und individuelle Lebenswege wenig Raum vorhanden ist – und die zu einer sozialen Isolation führt, in der die Betroffenen, abgesehen von Familien und Fachkräften, kaum Kontakt zu Menschen ohne Behinderung haben (Buß 2011). Dies steht in einem starken Kontrast zu der auch von Deutschland ratifizierten Behindertenrechtskonvention.

Während der ersten Phase der Pandemie hat sich die soziale Isolierung von Menschen, die als geistig behindert gelten, in starkem Ausmaß intensiviert. Werkstätten für behinderte Menschen und Förderschulen wurden pauschal überaus früh geschlossen und in Wohnstätten sind teilweise rigide Besuchsverbote ausgesprochen worden. Am 5.5.2020 konstatierte der Deutsche Behindertenrat in einer Pressemitteilung: ‚Die Besuchs- und Ausgangsbeschränkungen bedeuten für viele behinderte Menschen mehr Ausgrenzung denn je. Sie bleiben zu Hause oder in stationären Wohnformen, können z. T. nicht zur Arbeit und müssen auf Besuch verzichten, weil sie vor Corona geschützt werden sollen‘ (Deutscher Behindertenrat 2020, S. 1 f.). Dieser gesellschaftliche Reflex, Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung „schützen“ zu wollen, verdeutlicht – wie durch ein Brennglas –, dass noch nicht Inklusions- und Teilhabeorientierung, sondern Fürsorge und Bevormundung die Lebensrealitäten der Betroffenen prägen. Mit Blick auf die oben skizzierte Sonder-Welt bedeutet dies: Menschen, die als geistig behindert gelten, sind ständig von Fachkräften unterschiedlicher Professionen (wie zum Beispiel der Sozialen Arbeit) mit professionsspezifischer Expertise sowie professionsspezifischen Zielsetzungen

umgeben; dies führt häufig zu vielleicht gut gemeinten, aber fremdbestimmenden, Abhängigkeitsprozessen.

In jeder beliebigen Bevölkerungsgruppe befinden sich Personen, die aufgrund von Vorerkrankungen oder anderen Gesundheitskonditionen zu den Risikogruppen gehören, bei denen eine Infektion vermehrt (lebens-)bedrohliche Auswirkungen hat. Dies gilt auch für die Gruppe der „geistig behinderten“ Menschen, manche von ihnen sind beispielsweise chronisch krank. Jedoch die gesamte Bevölkerungsgruppe der Menschen, die als geistig behindert gelten, pauschal als Risikogruppe zu kategorisieren und daraufhin in verstärktem Maße sozial zu isolieren, ist virologisch nicht nachvollziehbar: ‚Die ersten Ergebnisse dreier Studien zu COVID-19 Erkrankungen bei Menschen mit geistiger Behinderung liegen aus den USA, aus den Niederlanden und Schweden vor. Sie zeigen übereinstimmend, dass sich der Prozentanteil von Todesfällen bei an COVID-19 Erkrankten mit geistiger Behinderung nicht unterscheidet von dem Prozentanteil in der Gesamtbevölkerung‘ (Institut für Teilhabeforschung 2020, o. S.). Demgemäß müssten Einschätzungen in Bezug auf spezifische Gefährdungssituationen deutlich individueller in dem Sinne stattfinden, dass beispielsweise nicht einfach eine gesamte Wohnstätte prophylaktisch sozial isoliert wird, sondern genau diagnostiziert wird, welche*r Bewohner*in erkrankt ist und entsprechend einzelfallspezifische Maßnahmen ergriffen werden. Zu befürchten ist jedoch ein weiterhin pauschaler, wenig solidarischer Umgang mit „Geistigbehinderten“. So warnte etwa Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, in einem Interview am 20.5.2020: ‚Ich spüre innerhalb der Gesellschaft das Schwinden einer ursprünglich mal sehr starken Solidarität und Achtsamkeit. Dabei geht es nicht um irgendwelche Nettigkeiten, sondern darum, in welchem Land wir leben wollen‘ (Bruhns 2020, o. S.).

Insgesamt – untermauert durch weitere Beispiele – verstärkt sich der Eindruck, dass während der Pandemie hinsichtlich der Akzeptanz und der Anerkennung von Menschen, die als geistig behindert bezeichnet werden, das „wahre Gesicht“ der Gesellschaft erkennbar wird: ‚Gerade in Zeiten der Pandemie zeigt sich schändlich, wie weit Deutschland trotz UN-Behindertenrechtskonvention noch von Inklusion und Barrierefreiheit entfernt ist‘ (Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben 2020, o. S.).

Für die Soziale Arbeit ergibt sich aus den Eindrücken des Jahres 2020 in Bezug auf sogenannte Geistigbehinderte, Themen wie Inklusion, Selbstbestimmung und Teilhabe deutlich stärker zu bearbeiten und gesellschaftlichen Wandel mitzugestalten. Dabei sollte es kein einfaches „Weiter so wie vor Corona...“ geben. Die in diesem Abschnitt skizzierten Entwicklungen verdeutlichen zum einen, wie fragil die international vergleichsweise ohnehin schwach ausgeprägten Inklusionsbemühungen in Deutschland sind. Sie zeigen zum anderen, dass es Akteur*innen wie der Sozialen Arbeit, der Heilpädagogik oder der sogenannten

Behindertenhilfe noch nicht gelungen ist, einen derartig substantiellen Beitrag zur Inklusion zu leisten, der sie krisenfest macht.

3. Pandemie und höheres Lebensalter: Corona als Brennglas – oder gerade nicht?

Dass die Pandemie gleich einem Brennglas viele bestehende Benachteiligungen stärker hervortreten lässt und auch neue hervorbringt, ist wohl für jede Lebensphase und folglich auch für das Alter, anzunehmen. Eine der Besonderheiten des Alters ist es, dass es sich um eine häufig über mehrere Jahrzehnte erstreckende und ganz unterschiedlich verlaufende und erlebte Lebensphase handelt. Es soll hier der Versuch gemacht werden, diese Heterogenität des Alters auf die Pandemie zu beziehen. Dabei soll sowohl die Brennglasfunktion betrachtet, aber auch argumentiert werden, dass es auch Aspekte unserer derzeitigen Alterskonstruktionen gibt, die durch die Pandemie im Moment oder vielleicht sogar dauerhaft an Kontur verlieren, anstatt dass sie stärker hervortreten.

3.1 Corona als Brennglas: Altersdiskriminierung, Altersarmut und Pflegebedarf im Alter

Besonders zu den Anfangszeiten der Pandemie war häufig pauschal, oft ab dem 60., manchmal bereits ab dem 50. Lebensjahr, von einer altersbedingten „Corona-Risikogruppe“ die Rede. Diese Kategorisierung mag dem Versuch einer knappen und klaren Kommunikationsstrategie geschuldet gewesen sein, ließ aber die Vielfalt des Alters jenseits chronologischer Gemeinsamkeiten außer Betracht. Eine solche Pauschalisierung kann negativen Altersstereotypen und damit auch Altersdiskriminierung Vorschub leisten. Auch besondere „Isolationsregeln“ speziell für ältere Menschen, sei es durch Angehörige individuell oder für die gesamte Gruppe der Älteren vorgeschlagen, können als Ungleichbehandlung und damit als Diskriminierung angesehen werden, die auch der Selbstbestimmung älterer Menschen entgegensteht (Ayalon et al. 2020; Kessler et al. 2020).

Ältere Menschen, die von materieller Armut betroffen sind, standen und stehen vor den Schwierigkeiten, dass aufgrund der Pandemie Unterstützungsangebote nicht wie gewohnt verfügbar sind, was eine Einschränkung der Teilhabe zur Folge hat. Auch Einsamkeit im Alter, ob sie nun einhergeht mit materieller Armut oder nicht, kann durch die eingeschränkten Angebote verstärkt werden. Gleichzeitig rückte durch die Pandemie die Lebenssituation Älterer in den Blick der Öffentlichkeit, wofür vorher vielleicht bei manchen gar kein Bewusstsein bestand, und neue Unterstützungsangebote, etwa in Form von nachbarschaftlich organisierten Einkaufshilfen, wurden initiiert.

Extreme Einschränkungen der gesellschaftlichen Teilhabe erlebten zu Beginn der Pandemie ältere Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen. Hier kam es zeitweise zu Besuchsverboten und sogar Ausgangsbeschränkungen. Inzwischen sind die Regelungen zwar stark gelockert, doch von emotionalen und körperlichen Folgen für die Betroffenen ist auszugehen (Sporket 2020). Es ist inzwischen Konsens, dass solche stark einschränkende Maßnahmen im weiteren Verlauf der Pandemie zu vermeiden sind, da sie tiefe Einschnitte in die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte der Betroffenen darstellen. Allerdings ist es erstaunlich, wie lange es gedauert hat, bis sich dieses Bewusstsein geschärft hat. Auch scheint in der Öffentlichkeit das Thema eher als Nebensächlichkeits angesehen zu werden, während über andere, weitaus banalere Einschränkungen, etwa ein mögliches pandemiebedingtes Verbot von Silvesterfeuerwerk, breit diskutiert wird.

Selbst bei der Debatte zur Digitalisierung, die sicher kein Allheilmittel, aber doch ein Baustein zur Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe gerade unter dem Eindruck der Pandemie sein kann, wird die Lebenssituation Älterer in stationären Einrichtungen wenig berücksichtigt, obwohl der kürzlich erschienene Altersbericht (BMBFSJ 2020) sich intensiv mit Frage der Digitalisierung auch im Kontext von Pflegebedarf und dem Leben in stationären Einrichtungen auseinandersetzt.

Im Verständnis Sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession ist es geboten, die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen bis hin zu einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Bewohner*innen stationärer Einrichtungen, Besuchsbeschränkungen, auch bei schwer erkrankten Menschen, aus menschenrechtlicher Perspektive (z. B. Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte 2020) und damit auch aus sozialarbeiterischer Sicht zu evaluieren. Gleichzeitig könnte eine Art Frühwarnsystem diskutiert werden, das gerade in solchen Ausnahmesituationen von Vorneherein menschenrechtliche und allgemein ethische Gesichtspunkte besser berücksichtigt und diese frühestmöglich überprüft.

3.2 Neuverhandlung des Alters durch Corona? Drittes Lebensalter, Bürgerschaftliches Engagement im Alter, Generationenbeziehungen

Als drittes Lebensalter kann man die Lebensphase bezeichnen, in der Menschen zwar aufgrund ihres Lebensalters und ihrer Lebenssituation, meistens dem Ruhestand, als „älter“ angesehen werden, von altersbedingten Einschränkungen jedoch wenig betroffen sind. Wer dazu über Ressourcen wie eine gute finanzielle Ausstattung und ein tragfähiges soziales Netz verfügt, dessen Lebenssituation stellt sich völlig anders dar als die Lebenssituation älterer Menschen, die von Altersarmut oder sozialer Isolation betroffen sind, in ihrer Mobilität eingeschränkt sind oder Pflegebedarf haben. Diese unter anderem durch den demografischen Wandel „neu verhandelte“ Altersphase machte Konzepte wie das „erfolgreiche“

oder „aktive Altern“ populär. Auch die Wirtschaft erkannte ein Potenzial in dieser Alterskonstruktion – nämlich für die Nachfrage nach zu dieser Lebensphase passenden Konsumangeboten, z. B. im Bereich Tourismus. Entsprechende Anbieter*innen wurden gar als zusätzliche Wegbereiter*innen eines aktiven, „erfolgreichen“ Alterskonzeptes gesehen, und viele Konsument*innen nahmen diese Rolle gerne an (van Dyk, 2009). Nun sind es gerade typischerweise auf „Best Ager“ zielende kommerzielle Angebote, etwa Kulturveranstaltungen, Kreuzfahrten oder Wellnessangebote, die derzeit besonders stark von pandemiebedingten Einschränkungen betroffen sind. Es bleibt abzuwarten, wie die insbesondere von wirtschaftlichen Interessen mitgeformte Rolle der „Best Ager“ weiter verhandelt wird. Möglicherweise wird nahtlos daran angeknüpft, möglicherweise hinterlässt die Pauschalisierung einer altersbedingten „Risikogruppe“ aber auch über die Pandemie hinausgehende Spuren – und ältere Menschen verlieren ihren „Status“ als kaufkräftige und konsumfreudige Kund*innengruppe. Es wird sich zeigen, ob die Alterskonstruktion der „Best Ager“ damit insgesamt an Bedeutung verliert.

Weiter sind Menschen im dritten Lebensalter nicht nur als Konsument*innen im Blick. Eine weitere relativ neue Zuschreibung ist die Wahrnehmung als „Potenzial“ für sogenanntes bürgerliches Engagement in Form von z. B. inner- und außerfamiliärer Kinderbetreuung, Unterstützung von Geflüchteten oder in der Nachbarschaftshilfe. Auch diese Rolle steht in der anhaltenden Pandemie zur Diskussion: Nicht immer sind für solche Aktivitäten Hygienekonzepte möglich, die die Ansteckungsgefahr ausreichend minimieren. Hier wird sich ebenfalls zeigen, ob es sich nur um einen vorübergehenden Einschnitt handelt oder um einen dauerhaften Rollenverlust.

Auch hier ist die Soziale Arbeit aufgefordert, sich mit ihrer Haltung auseinanderzusetzen. Hat die Soziale Arbeit das Bild der konsumfreudigen, aktiven Best Ager zu wenig hinterfragt – gerade für den jetzt eingetretenen Fall, dass diese Funktion mangels Konsumgelegenheiten nicht mehr ausgefüllt werden kann? Wird die Soziale Arbeit, die häufig eine koordinierende und aktivierende Rolle im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements übernahm, ihrer Verantwortung gegenüber diesen Personen gerecht, jetzt, wo diese an Nützlichkeit verloren haben? Und wie kann es gelingen, sich nicht nur damit auseinanderzusetzen, sondern sich entsprechend der Ergebnisse auch politisch Gehör zu verschaffen? Dies ist für die Pandemie, aber auch darüber hinaus zu diskutieren.

4. Gemeinwesenarbeit unter Pandemie-Bedingungen – Chancen und Herausforderungen

Die Pandemie hat Auswirkungen auf alle Menschen, unabhängig ihrer Herkunft oder ihres sozialen Status. Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senior*innen sind in verschiedenen Bereichen ihrer Freizeit und ihres Arbeitslebens